

erschient wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die fünfgehaltene
Zeitung 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Lebereinfuhr.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1,— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreßliste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55.
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 49

Berlin, den 5. Dezember 1913

24. Jahrg.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223,
Geldsendungen an W. Zille, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt
Königsplatz, 4720

Inhaltsverzeichnis. Arbeitslosigkeit. — VI. Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. — Heimarbeit. — Die Arbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft. — Innere Kolonisation. — Rundschau: Ein weiterer Rückgang des Fleischkonsums. Eine Läsion der Deffenlichkeit. Die Hamburger Werftarbeiter. — Feuilleton: Die Sägen. — Aus den Ortsvereinen: Duisburg. Lübeck. — Briefkasten. — Bekanntmachungen des Hauptvorstandes. — Sammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Die Arbeitslosigkeit.

„Arbeitswilligenschutz“ und Arbeitslosenfürsorge, diese beiden Punkte werden heute überall in den Vordergrund geschoben. Fast täglich werden diese beiden Fragen in der Gesamtpresse erörtert, und je nach dem Stande der politischen oder wirtschaftlichen Richtung bringt man seine Meinung für oder gegen einen derartigen Gesetzesentwurf zur Geltung.

Die Scharfmacherpresse, allen voran die „Arbeitsgeberzeitung“, spricht sich rückhaltlos für einen „Arbeitswilligenschutz“ und gegen eine Arbeitslosenfürsorge von Staats wegen aus. Man stellt im letzteren Falle die gewagte und durch nichts bewiesene Behauptung auf, daß man durch eine Reichsarbeitslosenversicherung nur die Klassen der Gewerkschaften stärken würde, so daß diese vielmehr Gelder für Streiks auswerfen können, und damit der wirtschaftliche Friede ganz außerordentlich gefährdet sei.

Der Verfasser des Artikels der „Arbeitsgeberzeitung“ muß den Dornröschenschlaf gehalten haben, sonst müßte er wissen, daß die Streiks ganz außerordentlich abgenommen haben, seitdem man sich den Tarifgedanken zu eigen gemacht hat. Dagegen sind die Unternehmer bei oft kleinsten Differenzen zu Ausperrungen übergegangen, so daß man dieselben eher als Störenfriede bezeichnen könnte. Andererseits tragen diese Freizeite gerade mit die Schuld an den schwankenden Verhältnissen auf dem Geldmarkte, die ja nur durch unsere verkehrte Wirtschaftspolitik hervorgerufen werden.

Es ist auch bezeichnend für die Gesinnung dieser Kreise, die sich im gewöhnlichen Leben als die alleinigen Vaterlandsfreunde nur zu gerne aufspielen, daß dieselben kein Verständnis für die Not und das Elend so vieler tausende von arbeitslosen Familien besitzen. Jedem wahren Volkstreue müßte es schon zu bedenken geben, wie in der Zeit der Krise, also der Arbeitslosigkeit, die Kriminalität geradezu bedrückend steigt. Eine panikartige Angst hat weite Kreise bei der Feststellung des langsam aber sicher fortschreitenden Geburtenrückganges ergriffen, welche verschiedenen Mittel sind nicht schon zur Verhütung der Säuglingssterblichkeit in Angriff genommen; dabei läßt man aber ganz außer acht, daß tausende von Familienväter durch die lange Arbeitslosigkeit nicht imstande sind, für ihre Kinder zu sorgen. Wenn das Wohl und Wehe seiner Mitmenschen am Herzen liegt, der wird freudig mitarbeiten, um eine Vinderung resp. Beseitigung dieser Verhältnisse herbeizuführen.

Man hat ferner darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften für die Arbeitslosen zu sorgen haben. Abgesehen davon, daß dieselben, in erster Linie die Deutschen Gewerkschaften, gewaltige Summen hierfür geopfert haben, bleibt hierbei immer noch die Frage offen, wer sorgt für die unorganisierten Arbeitslosen? Es ergibt sich hier ein offener Widerspruch. Auf der einen Seite ist man redlich bemüht, die Arbeiter vor den Gewerkschaften gruselig zu machen, andererseits sollen dieselben für die Arbeitslosen einschließlich der Unorganisierten sorgen, denn man kann doch wohl nicht behaupten, daß nur Organisierte arbeitslos sind.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat Mitte November eine Arbeitslosenzählung unter 40 Gewerkschaften vorgenommen, und hat dabei eine Zahl von 25 038 festgestellt. Da diese Gewerkschaften ca. 306 000 Mitglieder zählen, so entspricht die Zahl der Arbeitslosen einem Prozentsatz von 8,2. Hierbei handelt es sich aber nur um etwa drei Zehntel aller in Groß-Berlin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, ja man darf sogar annehmen, daß die Arbeitslosigkeit unter den nichtorganisierten Arbeitern eher noch etwas größer sei. Darnach muß die Gesamtzahl der Arbeitslosen Groß-Berlins auf mindestens 80 000 Personen angesetzt werden, und da ein großer Teil der Beschäftigten in jeder

Angehörige hat, die mit ihnen unter den Wirkungen der Arbeitslosigkeit leiden, so werden davon Hunderttausende allein in Groß-Berlin betroffen.

Neulich liegen die Dinge fast überall im Reich. Auch an der Lastfrage gemessen, daß in gewissem Umfange eine industrielle Reservearmee selbst bei günstiger Konjunktur besteht, ist gegenwärtig die Arbeitslosigkeit so umfassend und so bedrohlich, daß es eine Reichsregierung ohne gleichen wäre, wollte man nicht Hand anlegen, um das mit der Arbeitslosigkeit verbundene Elend zu lindern und gleichzeitig nach Mitteln zu suchen, um dem Uebel auch über die Periode der wirtschaftlichen Depression hinaus wirksam zu begegnen.

Nur das Reich als solches ist verpflichtet und auch in der Lage, das Uebel an der Wurzel anzufassen, zwar nicht insofern, als es die Arbeitslosigkeit völlig ausschalten könnte, wohl aber in der Richtung einer allgemeinen und umfassenden Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit. Sobald überhaupt die sozialpolitischen Aufgaben des Reiches in Angriff genommen wurden, ist auch auf die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung hingewiesen worden, ohne jedoch zu einer Verwirklichung zu gelangen. Nun pocht die Arbeitslosenversicherung an die Tore des Reichstags. Man mag ihr unter mehr oder minder begründeten Einwänden den Eintritt verwehren. Aber sie wird von keiner Schwelle nicht mehr verschwinden, und wird sich schließlich ihren Platz im Hause erzwingen.

Die Lösung der Arbeitslosenfrage ist keine leichte, das wird kein vernünftiger Mensch bestreiten. Wo aber ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Man hat hier keineswegs ein unbenutzbares Geld vor sich. In erster Linie steht ihnen die jahrzehntelange Erfahrung der Arbeiterorganisationen zur Seite. Man hat das Genter System, man hat das englische Vorbild, man hat die Notmaßnahmen einzelner Bundesstaaten, und man hat auch die Erfahrungen einzelner Gemeinden.

Der Reichstag wird sich nun mit der Frage beschäftigen, und wir müssen verlangen, daß hier endlich positive Arbeit geschaffen wird. Die einzelnen Parteien, die Regierung vor allen, kann an solchem angeführten Elend nicht mehr achtlos vorübergehen; in den angeführten Zahlen liegen Hände von Not und Elend. Staat und Kommune haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, den Arbeiterstand gesund und steuerkräftig zu erhalten. Die Arbeitskraft ist ein köstlich Gut, sie ist vielfach das einzige Gut, über das die Arbeiter verfügen können, sie zu erhalten, den Arbeitskräftigen und Arbeitswilligen, die doch augenblicklich keine Arbeit finden können, über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen, das ist eben ein Gebot der Klugheit wie der Nächstenliebe. Und je besser der Arbeitslosigkeit begegnet wird, um so rascher wird sie durch eine Zeit neuen wirtschaftlichen Aufschwunges und günstigerer Arbeitsverhältnisse abgelöst werden.

VI. Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform.

I.

In der städtischen Tonhalle zu Düsseldorf trat am 21. November, vormittags 9 Uhr, die VI. Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform zusammen. Den Vorsitz führte Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch, der in seiner Eröffnungsrede bedauerte, daß Generalsekretär Professor Dr. Franke am Erscheinen verhindert sei, weil ihm vor wenigen Tagen seine Gattin durch den Tod entzogen worden sei. Das sei auch ein harter Schlag für die Gesellschaft, denn sie sei ihrem Gatten allezeit eine treue Gehilfin auf dem Gebiete der sozialen Arbeit gewesen. Darum nehme die Gesellschaft für Soziale Reform auch innigen Anteil an dem harten Leid, das ihrem Generalsekretär widerfahren sei. Die Versammlung brachte diese Gefühle in einem Telegramm an Professor Franke zum Ausdruck. Die Reichs- und Staatsregierung hatten Vertreter entsandt; ebenso waren hervorragende Nationalökonomien und Juristen erschienen, sowie auch Vertreter der Arbeitgeberverbände und zum erstenmale neben den Vertretern der Deutschen Gewerkschaften eine (S.-D.) und der christlichen Gewerkschaften

auch Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Von den Deutschen Gewerkschaften nahmen teil Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt, Gewerkschaftsvorsitzender Wilhelm Gleichauf, Bezirksleiter Sauer-Weitz, Ziegler-Steigen, Ziesli-Duisburg und Jagenhofen-Düsseldorf.

In der einleitenden Rede wies Freiherr v. Berlepsch auf die Verhandlungen der V. Hauptversammlung hin, auf welcher der Schutz der Jugendlichen eingehend erörtert wurde. Die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz habe sich darauf hin in Zürich 1912 ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt, und zuletzt sei sie Gegenstand der diesjährigen diplomatischen Staatenkonferenz in Bern gewesen. Eine frühere, vorhergegangene Staatenkonferenz habe auf Antrag der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz das Verbot des weißen Phosphors und das Verbot der Nachtarbeit der Frauen beschlossen. Die diesjährige jüngste Konferenz in Bern habe uns leider eine Enttäuschung gebracht. Wir wünschten, daß das Schutzalter der Jugendlichen vom 16. auf das 18. Lebensjahr heraufgesetzt werden solle. Die deutsche Reichsregierung lehnte diesen Wunsch ab, weil erst auch die anderen Staaten dem Beispiele Deutschlands folgen müßten durch Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für die Jugendlichen. In diesem Sinne beschloß auch die Berner Konferenz. Immerhin sei damit eine Basis gewonnen, die zu der Hoffnung berechtigte, daß es bei Durchführung dieses Beschlusses schließlich auch zu einer Erhöhung des Schutzalters komme. Die Berner Konferenz habe auch beschlossen, daß die in verschiedenen Staaten noch bestehenden Ausnahmen vom Verbot der jugendlichen Nachtarbeit weiter eingeschränkt werden sollen. Es liege im Interesse einer gesunden Entwicklung des Staatswesens, die Heraussetzung des Schutzalters der Jugendlichen durchzuführen. Der Schutz des jugendlichen Arbeiters müsse eintreten in einem Alter, in dem er sich in der vollsten Entwicklung befinde, nicht nur in körperlicher Hinsicht, sondern auch in geistiger und moralischer. Alle Faktoren der sittlichen Erziehung müßten in dieser Zeit auf den jungen Menschen einwirken können. Hier dürfe es nicht bei schönen Worten bleiben, hier müßte praktisch gehandelt werden.

Die auf der heutigen Tagesordnung stehenden Fragen des Arbeitsrechts hätten zum Ziele, die großen Massen der Lohnarbeiterschaft und der Angestellten in gerechter und sozialer Weise in den Staatsorganismus einzugliedern. Das Arbeitsrecht müsse so ausgestaltet werden, daß der Arbeiter als Mensch und Staatsbürger zu seinem Rechte komme. Das bestehende Arbeitsrecht genüge dieser Aufgabe nicht. Der Arbeitsrechtsausschuß der Gesellschaft habe daher beschlossen, eine Klärung und Sammlung aller Bestimmungen, die das Arbeitsrecht betreffen, vorzunehmen. Davon ständen die Fragen des Tarifvertrages und des Einigungswezens schon jetzt auf der Tagesordnung. Hierbei müßten der Juristentag und der Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte mitwirken. Klärung müsse vor allem auch erfolgen über die gerichtlichen Streitfragen, betreffend die Haftung für den Tarifvertrag und über die Frage der Abdingbarkeit der Tarifverträge.

Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Freiherrn v. Berlepsch begrüßte Geheimrat Sieffart die Generalversammlung im Namen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs Dr. Delbrück und wünschte eine glückliche, erfolgreiche Tagung. Noch in diesem Jahre habe der Herr Staatssekretär im Reichstage ausgeführt, daß die Sozialpolitik ein Komplex von Problemen sei, die herauswachsen auch der Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Lösung dieser Probleme sei eine wichtige Aufgabe unserer Zeit und eine sittliche Pflicht des Reiches. Ganz im Gedankengange der Rede des Herr v. Berlepsch habe auch der Staatssekretär darauf hingewiesen, daß diese Lösung nicht von heute auf morgen erfolgen könne, daß es dazu vielmehr noch der Klärung und Durchdringung des Stoffes bedürfe. Die Hauptversammlung wolle den Boden bereiten und helfen, eine Lösung zu finden. Mit dem Wunsche, daß die Verhandlungen sich recht fruchtbringend gestalten möchten, schloß Redner seine Ausführungen unter dem Beifall der Versammlung.

Heimarbeit.

VI.

1) Spielwaren im Sonneberger Bezirk.
Wie im Erzgebirge, so werden auch hier Holzspielwaren in großer Menge hergestellt. Der Hauptsitz ist die Kreisstadt Sonneberg in Sachsen-Meiningen, an der Bahn Koburg-Lauscha gelegen, mit ca. 16 000 Einwohnern. Nach der Berufs- und Gewerbezählung im Jahre 1895 gehörten 34 % der Bevölkerung des Kreises Sonneberg zur Spielwarenindustrie; dabei sind die im Nebenberuf Beschäftigten nicht mitgezählt. Die Reichsproduktionsstatistik vom Jahre 1899 ergab, wie Dr. Meerwarth in seiner „Untersuchung über die Hausindustrie in Deutschland“ berichtet, folgende Zahlen: Beschäftigt wurden in der Spielwarenindustrie 5480 Männer, 5108 Frauen und Mädchen und 1172 Kinder, also insgesamt 11 760 Personen ohne Angehörige und Dienende. Hausindustrielle und Fabrikarbeiter sind in diesen Zahlen enthalten. Im Herzogtum Sachsen-Meiningen wurden 5367 Spielwarenhandwerkstätten, einschl. Angehörige und Dienstboten ermittelt, davon 2900 weibliche und 2467 männliche.

Die oben genannte Zahl von 1172 Kindern ist zweifellos zu niedrig. Bei einer Erhebung vom Jahre 1898 wurde festgestellt, daß von 8118 Schültern des Kreises Sonneberg 2809 erwerbstätig waren, gleich 34,7 %. Nach Dr. Sillich: „Die Hausindustrie des Meininger Oberlandes“ waren in folgenden 12 Dörfern Schulkinder beschäftigt:

	Prozent der Schulkinder
Ratenaubitz	81,39
Schichtshöhm	80,34
Mengersgereuth	78,09
Rauenstein	73,21
Forschengereuth	72,11
Neufang	66,43
Effelder	65,62
Hämmern	63,80
Neuenbau	62,50
Hüderswind	54,28
Pachfeld	61,72
Jagdshof	51,13

In den übrigen Orten betrug die Zahl der beschäftigten Schulkinder unter 50 %. Auch diese Zahlen sind eher zu niedrig anzusehen, als zu hoch, denn die Beschäftigung der eigenen Kinder ist statistisch sehr schwer zu erfassen. Bei den Heimarbeitern ist das verständliche Bestreben vorhanden, die Beschäftigung der eigenen Kinder so gering als möglich darzustellen. Nach Inkrafttreten des Kinderschutzes im Jahre 1903 und des Hausarbeitsgesetzes im Jahre 1912 tritt dieses Bestreben noch deutlicher hervor.

Die Unternehmer Sonnebergs sind zur Hälfte Großfabrikanten, zur anderen Hälfte Verleger. Die „Fabrikanten“ unterscheiden sich allerdings gewaltig von ihren Kollegen in der Industrie. Sie beschäftigen Arbeiter, die einen großen Teil der Arbeit in der Fabrik herstellen und außerdem eine Anzahl Heimarbeiter; auch hier ergänzen sich Fabrik- und Heimarbeit. Im übrigen besteht das Hauptgeschäft im Handel, welcher sich in ähnlicher Form abspielt, wie im Erzgebirge.

Die um Sonneberg herumliegenden Dörfer unterscheiden sich im Gegensatz zu den erzgebirgischen Orten dadurch, daß meistens einzelne Artikel lediglich in einem Dorfe hergestellt werden. In einem Schnitzerdorf wird fast ausschließlich nur Schnitzarbeit gemacht. Die Herstellung der Tierfiguren geschieht in derselben Weise wie im Erzgebirge. In Sonneberg selbst wird die Arbeit besser bezahlt, jedoch ist die Qualität auch besser. Dagegen ist der

Verdienst der Heimarbeiter in den Dörfern viel besser wie im Erzgebirge.

Eine übermäßig lange Arbeitszeit ist auch hier besonders während der Saison an der Tagesordnung; sie beträgt 15—16 Stunden, vielfach auch noch mehr. Sonntags wird in der Saison stets gearbeitet. Die Saison ist besonders vor Weihnachten, in neuerer Zeit auch vor Ostern, wo Osterhasen und ähnliche Dinge in großen Massen hergestellt werden. In der ruhigen Zeit kommen häufig fremde Reisende oder Geschäftsleute, die eine Menge Waren gebrauchen; auch kommt es häufig vor, daß Amerikaner in der stillen Zeit Massenbestellungen machen. Dadurch wird die Not etwas gelindert und Beschäftigung gesichert. Bedauerlicherweise werden diese Massenbestellungen gewöhnlich zu ungünstigen Bedingungen abgeschlossen. Das Resultat ist: übermäßig lange Arbeitszeit und schlechter Verdienst.

Die in den Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen arbeiten 10—11 Stunden, meistens gibt der Fabrikant während der Saison noch Arbeit mit nach Hause. Die Fabrikarbeit ist gesetzlich geregelt, die gesetzliche Regelung wird aber dadurch umgangen, daß die Arbeiterinnen nach Schluß der Fabrik zu Hause noch 2—3 Stunden arbeiten, wodurch eine Gesamtarbeitszeit von 13—14 Stunden herauskommt. Die nur in der Heimarbeit beschäftigten Frauen und Mädchen arbeiten 13—14 Stunden pro Tag und besorgen außerdem noch ihren Haushalt. Sie nähen Puppenkleidchen, Puppenschuhe und Bälge für die Puppen; viele verdienen bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 11 Uhr abends oft nur 70 bis 80 Pf., wenn es hoch kommt 1 M. pro Tag. Dieselbe Näherin verdient in der Fabrik 9—10 M. wöchentlich.

Das traurigste Kapitel dürfte im Sonneberger Spielwarengewerbe die Ausbeutung der Kinderarbeitskraft darstellen. Es mag sein, daß heute die Verhältnisse etwas besser liegen, da durch das Kinderschutzgesetz und das Hausarbeitsgesetz so mancher Niegel vorgeschoben wurde. Zumeist eine Wirkung zu verzeichnen ist, dürfte sich erst nach ein paar Jahren ergeben, wenn das Hausarbeitsgesetz länger in Kraft ist.

Bei der bereits oben erwähnten Erhebung vom Jahre 1898 wurden Zahlen zu Tage gefördert, die Dr. Meerwarth als „grauenvolles Material“ bezeichnet. Die Mehrzahl der Kinder arbeitet bis 10 oder 12 Uhr nachts. Einige dieser Zahlen aus dem Kreise Sonneberg vom Jahre 1898 über die Arbeitsbeteiligung und Arbeitszeit der Schulkinder seien hier wiedergegeben:

Ort	Anzahl der Kinder	Davon waren gewerblich beschäftigt abj. rel.	Kinder, welche länger als 3 Abende hintereinander beschäftigt waren
Schaltan	408	201 49,26	2
Rauenstein	392	287 73,21	8
Hämmern	268	171 63,80	—
Forschengereuth	104	75 72,11	55
Effelder	256	168 65,62	2
Neufang	143	95 66,43	—
Judenbach	334	111 28,17	2
Heinersdorf	261	104 39,84	—
Sonneberg	2178	614 28,19	—

Wie gering der Verdienst der Heimarbeiter ist, geht daraus hervor, daß nach den amtlichen Steuerlisten in Sachsen-Meiningen 50 % der Erwachsenen zur Steuer nicht herangezogen werden, da sie ein Einkommen unter 600 M. haben. Damit findet die lange Arbeitszeit und die starke Heranziehung der Kinderarbeit ihre Erklärung. Nach einer Erhebung von Dr. Raufsch ergab sich in einem Falle, daß ein Holzschmied der mit Frau und Kindern arbeitet,

34 M. Rohetnkommen hatte, davon 20 M. für Holz ab, bleibt bei 15 stündiger Arbeitszeit für Mann, Frau und Kinder eine Nettoeinnahme von 14 M. Was Wunder, wenn die Leute infolge ihrer Notlage gezwungen waren, das Holz zu stehlen.

Zum Schluß seien noch einige Zahlen über die Tuberkulose im Sonneberger Gebiet mitgeteilt. Nach Prof. Dr. Neubuscher ergaben sich im Jahre 1897 folgende Zahlen:

	Einwohner	Tuberkulose Todesfälle	Pro Mille der Bevölkerung
Stadt Sonneberg	12000	52	4,3
Ort Steinach	5300	34	6,4
„ Lauscha	4500	17	4,0
Bezirk Neuhaus	3300	19	6,0
„ Köppelsdorf	4400	18	4,0
„ Judenbach			
„ Steinbach	2600	5	2,0
„ Hämmern			
„ Mengersgereuth			
„ Oberlind	3500	14	4,0
Ort Heinersdorf	1340	5	4,0
Durchschnitt des Herzogtums			4,5
			2,5

Die Proletarierkrankheit wird gefördert durch das Zusammenwohnen vieler Personen in engen Räumen. So wurde in Rauenstein ein Haus festgestellt, wo in wenigen Stuben 51 Personen untergebracht wurden; auf eine Stube kamen 6—7 Köpfe.

Am ungesundesten sind die Papiermachearbeiten. Die gebildete Haltung bei dieser Tätigkeit in stark geheizten Räumen, in denen die feuchten, stark und unangenehm riechenden Produkte getrocknet werden, sind im höchsten Grade gesundheitswidrig.

Wohnstube, Küche und Werkstatt sind ein und derselbe Begriff für den Heimarbeiter; alles Umstände, die der Tuberkulose ganz gewaltig förderlich sind.

Die Arbeiterfrage in der deutschen Landwirtschaft.

Schon oft ist die Frage erörtert worden, was einmal werden sollte, wenn der Zuzug von ausländischen Wanderarbeitern nachlassen würde. Für die deutsche Industrie und für das Baugewerbe würden zweifellos die Folgen nicht allzu weitgehend sein; für die einheimischen Arbeiter würden sicherlich dadurch nur die Arbeitsgelegenheiten vermehrt werden und wenn in der Industrie wirklich ein Manko an Arbeitskräften entstehen sollte, so könnte dies reichlich gedeckt werden durch neuen Zuzug von Arbeitern, die bis dahin in der Landwirtschaft der östlichen deutschen Provinzen tätig waren. Anders liegt die Sache in der Landwirtschaft und hauptsächlich in den Bezirken, wo der Großgrundbesitz vorherrscht. Es gibt heute zahlreiche Güter in den östlichen preussischen Provinzen, auf denen während der Ernte kaum noch ein Wort Deutsch gesprochen wird und in großen Bezirken sind die deutschen Landarbeiter weit in der Minderzahl. Läßt einmal der Zuzug von ausländischen Wanderarbeitern nach, so ist zu befürchten, daß ein großer Teil der Ernte in den östlichen deutschen Provinzen auf dem Felde verfault. Auch die weitgehende Abkommandierung von Soldaten zur Erntezeit wird hieran nicht viel ändern können.

Bis vor wenigen Jahren war die Frage, ob der Zuzug von ausländischen Wanderarbeitern einmal nachlassen könnte, nur eine Frage ohne jede Aktualität, sie wurde zwar schon öfter theoretisch erörtert, es lagen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sie in

Die Sägen.

Von Dr. Wolff-Friedmann.

(Schluß von Seite 187.)

Die Säge ist das wichtigste und meingebrauchteste Werkzeug der Holzbearbeitung und ist in dieser Bedeutung und Funktion der Ausgangspunkt und die Grundlage ausschmieslos aller holzverarbeitenden Gewerbe zu einer höheren Stufe ihrer technischen Entwicklung und Leistungsfähigkeit geworden. Seit wir daher in der Geschichte der Gewerbe eine bereits höher entwickelte Form der Holzbearbeitung antreffen, finden wir auch die Säge im Gebrauch, die die unbedingt notwendige Voraussetzung jener ist und mit der die höhere technische Entwicklung der Holzbearbeitung erst beginnt. Nun haben wir die Säge zwar schon seit Jahrtausenden im Gebrauch, dennoch aber ist diese Säge als das erste oder älteste Werkzeug der Holzbearbeitung zu bezeichnen. Denn die Verfertigung der Säge ist bereits eine hohe Stufe der Kunstfertigkeit des Menschen, die Kenntnis des Eisens, welches später wie die meisten anderen Metalle zur technischen und praktischen Verwendung beim Menschen gelangte, die Bearbeitung und der allem auch die Kunst des Schmiedens des Eisens, sowie auch zahlreiche Fertigkeiten und Kenntnisse der Metall- bzw. Eisenbearbeitung, all das ist einem schon erheblichen Grade in der Technik der Herstellung von Werkzeugen voraus, Bedingungen, deren der Mensch auf den frühesten Stufen seiner Entwicklung und Kulturentwicklung noch keinesfalls erreichen konnte.

Die Herstellung der Säge war, nach dem was wir von der Säge wissen, die wichtigste Aufgabe des Menschen, die die Säge als Werkzeug und als ein wichtiges Hilfsmittel der Holzbearbeitung diente, bis dahin, daß für diesen Zweck

nach meißerartige Geräte und ähnliche Schneidwerkzeuge aus Stein, späterhin auch aus Metall und schließlich aus Eisen, vorhanden waren. Mit der Art wurde der Baumstamm gefällt, von der Rinde befreit und zugehauen, wurde der soweit bearbeitete Stamm auch in kürzere Stücke geteilt, und diese wiederum in dünnere Teile, Balken, Pfähle, Latten, Stöße, auch eine Art roh gehauener und daher noch sehr ungleichmäßiger Bretter, gespalten. Nebenfalls ist das Spalten die früheste und älteste Art der Teilung des Holzes gewesen, eine Technik, die ja auch heute noch in verschiedenen holzverarbeitenden Gewerben, so der Böttcherei, erhalten geblieben ist und hier zur Herstellung von Jagdäulen, Streubändern und ähnlicher Teile angewandt wird, weil bei dieser Art der Holzteilung verschiedene, für diese Gewerbe und die von ihnen gefertigten Erzeugnisse wichtige Eigenschaften des Holzes erhalten bleiben, das Holz eine größere Biegsamkeit, Gleichmäßigkeit und Festigkeit behält. Es ist keinesfalls auszuschließen, im Gegenteil in hohem Maße wahrscheinlich, daß diese Technik der Holzbearbeitung, die wir mit der Art und den einfachsten Schneidwerkzeugen arbeitete, dennoch zu einer erheblichen Ausbildung gelangte und auch bereits Erzeugnisse von einer gewissen technischen Fertigkeit lieferte.

Zahlreiche Fortschritte, insbesondere die Ausgrabungen solcher frühesten Erzeugnisse der Holzbearbeitung, die noch aus der Zeit vor der Anwendung der Säge stammen, haben ergeben, daß die Verfertiger solcher Gegenstände bereits einen hohen Grad von Geschicklichkeit, ja Kunstfertigkeit besitzen haben müßen und daß ihre Vermittler der einfachsten technischen Hilfsmittel und Werkzeuge ausgeführten Arbeiten, wie Haus- und Wirtschaftsgüter, Holzwerkzeuge, Bänke und andere Arten einfacher Möbel, selbst Wagen oder doch Wagenkarren, ebenso auch die Art des frühesten Haus-

und Gärtenbaues, der sich fast lediglich des Holzes als Baumaterial bediente, immerhin schon eine gewisse und durchaus achtbare Stufe der gewerblichen Entwicklung darstellen.

Dennoch aber und trotz der mancherlei Fertigkeiten, die sich in den Arbeiten und Erzeugnissen dieser frühesten Epoche der Holzbearbeitung bekunden, ist diese doch nur als die Epoche der primitiven Holzbearbeitung aufzufassen, und eine höhere Stufe der Holzbearbeitung und der Herstellung hölzerner Gerätschaften konnte erst mit der Säge beginnen. Vermittelt der Säge zer schnitt der Mensch den runden Baumstamm in gleichmäßige, schmale Querscheiben und gewann so das erste Rad, damit die Grundlagen für die Herstellung und den Gebrauch verbesserter rollender Transportmittel, der Wagenfahrzeuge, gewinnend und damit die Grundlage des Wagenbaues schaffend; vermittelt der Säge war es möglich, den Baumstamm in gleichmäßige Bretter zu zerschneiden und damit ein viel zweckmäßigeres Ausgangsmaterial für die Herstellung hölzerner Gebrauchsgegenstände zu gewinnen, das sich ungleich leichter verarbeiten ließ und eine weit größere Verwendungsfähigkeit besaß, als die gespaltene Latte. Mit der Säge beginnt allmählich eine viel vollkommener und zweckmäßigere Verteilung des Holzes, beginnt auch zugleich die Teilung der Holzbearbeitung in die verschiedenen Gewerbe des Zimmermanns, Wagenbauers, Stellmachers, Holzbildhauers, Drechslers, Böttchers, Tischlers usw., eine Teilung, die freilich Jahrhunderte, ja Jahrtausende hindurch gebraucht haben mag, ehe sie sich durchzusetzen vermochte und einigermassen vollendet war. Mit der Säge beginnt die Ära der zahllosen hölzernen Erzeugnisse, die bei allen Völkern und zu allen Zeiten einen so wesentlichen Bestandteil der menschlichen Gebrauchs-, Wohn- und überhaupt Daseinsweise ausmachen. (Fortf. folgt.)

absehbarer Zeit einmal eine eingehendere Beachtung beanspruchen würde. Die meisten Arbeiter, die in den Bezirken mit vorwiegendem Großgrundbesitz beschäftigt sind, kommen aus Rußland. Es mögen in jedem Jahre weit über 300 000 russische Landarbeiter in Deutschland tätig sein. Nun hält sich seit kurzem ein russischer Kommissar in Berlin auf, der speziell beauftragt ist, die Arbeits- und Lohnverhältnisse der in Deutschland tätigen russischen Saisonarbeiter zu untersuchen. Diese Untersuchung geschieht aber keineswegs aus sozialpolitischen Gründen, sondern sie richtet sich darauf, festzustellen, welche Folgen es für die deutsche Landwirtschaft hätte, wenn Rußland mit einem Verbot der Auswanderung russischer Saisonarbeiter vorginge. Wie weiter verläuft, will die russische Regierung das Verbot der Auswanderung von Wanderarbeitern gegen Deutschland als Preisförmittel bei dem Abschluß eines neuen Handelsvertrages gebrauchen, und nur wenn Deutschland die geforderten Zugeständnisse macht, will Rußland von dem erwähnten Verbot Abstand nehmen. Es würde eingehender Studien der russischen Wirtschaftsverhältnisse bedürfen, um ermitteln zu können, ob das Verbot wirklich ernst gemeint ist und ob es im Interesse Rußlands liegen kann, die Zuwanderung russischer Saisonarbeiter schon jetzt zu verbieten; denn die russischen Landarbeiter lernen in Deutschland doch manches im Wirtschaftsbetriebe, das dann der russischen Landwirtschaft zugute kommt und bei ihrer sparsamen Lebensweise bringen sie auch manche Millionen nach Rußland heim. Aber mag die Androhung des Verbotes vorläufig noch ein Schreckbild sein, so ist doch damit zu rechnen, daß dieses Verbot einmal kommt und dann wird die deutsche Landwirtschaft, namentlich der Großgrundbesitz, eine Kriftis durchmachen, deren Folgen sich jetzt noch gar nicht übersehen lassen. Aber auch in Oesterreich sind seit einiger Zeit Bestrebungen im Gange, die darauf abzielen, den Zug der Wanderarbeiter nach anderen Richtungen zu lenken als nach Deutschland. Das geschieht hauptsächlich in den polnischen Bezirken. Also auch von dort muß in absehbarer Zeit mit einem geringeren Zugang gerechnet werden.

Bisher machte die Auswanderung von deutschen Landarbeitern den großen Grundbesitzern noch nicht allzuviel Kopfschmerzen. Zwar bedauerten manche, daß die deutschen Arbeiter mehr und mehr abwanderten, aber sie erhalten dafür billige und willige Arbeitskräfte, die in den häufigsten Stätten und in ganz unhygienischen Schnitterkajernen untergebracht werden können. Die ausländischen Wanderarbeiter können infolge der verschiedensten behördlichen Maßnahmen auch stets unter der Fuchtel gehalten werden. Wenn die großen Grundbesitzer jetzt hören, daß in absehbarer Zeit mit einem Verbot der Einwanderung russischer Saisonarbeiter gerechnet werden muß, so wird ihnen vielleicht doch angst und bange, und es werden vielleicht doch Anstalten gemacht, die Lebens-, Wohnverhältnisse usw. der Landarbeiter zu verbessern. Jedenfalls verdient der weitere Gang dieser Sache in Deutschland sehr ernste Aufmerksamkeit auch von Seiten der Regierung.

A. M.

Innere Kolonisation.

Es wird in letzter Zeit, außerhalb und innerhalb der Parlamente, soviel über innere Kolonisation gesprochen, daß es vielleicht nicht unangebracht ist, ihre Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft in kurzen Zügen darzulegen.

Unter innerer Kolonisation versteht man die Aufteilung von Rittergütern und Schaffung von neuen Bauernstellen.

Da das Schwergewicht des Kleinbesitzes entgegen dem des Großbesitzes in dem intensiveren Gemüsebau sowie der Viehzucht liegt, ist es einleuchtend, daß bei energischer innerer Kolonisation der Vorrat an Vieh wachsen muß und daher die Preise für das Fleisch fallen müssen.

Als Vorzug der Aufteilung von Rittergütern hätten wir also einmal, daß der Lebensunterhalt billiger wird.

Dazu kommt noch, daß durch die innere Kolonisation die Landflucht bedeutend aufgehalten werden kann. Wer den Arbeitsmarkt unvorbereitet kommen verfolgt, wird finden, daß besonders die vom Land in die Stadt ziehenden Landarbeiter als Lohnrücker auf dem Arbeitsmarkt auftreten.

Wird nun eine energische innere Kolonisation betrieben, und werden auf den aufzutretenden Rittergütern hauptsächlich Landarbeiter angesiedelt, so ist es ganz klar, daß damit der städtische Arbeiter seine lästigste Konkurrenz los wird und sein Lohn steigen muß. Somit hat der städtische Arbeiter bei energischer durchgeführter innerer Kolonisation den Vorteil, daß neben billigeren Lebensmitteln auch sein Lohn sein Vorkommen steigt.

Schließlich noch folgendes: Durch die innere Kolonisation wird die Konsumtionsfähigkeit stark gesteigert, d. h. die Gesamtheit der Landarbeiter, die auf einem Rittergut angesiedelt worden ist, braucht viel mehr an landwirtschaftlichen Maschinen, künstlichem Dünger, Manufakturwaren usw. als vor der Aufteilung gebraucht wurde.

Die Industrie vergrößert also ihren Markt, sie erhält zahlungsfähige Kunden.

Dem städtischen Arbeiter wiederum ist es infolge des Steigens seines Lohnes auch möglich gemacht, ein größerer Kunde der Industrie zu werden. Worauf muß er z. B. jetzt bei sinkender Konsumtion nicht alles verzichten?

So sehen wir, daß die innere Kolonisation der Industrie zahlungsfähigere Kunden verschafft und so wirtschaftliche Krisen hintenanhält, die ja im wesentlichen darauf beruhen, daß die produzierten Waren mangels zahlungsfähiger Kundenschaft nicht verkauft werden können.

Um es noch einmal kurz zusammenzufassen, die Vorzüge einer energischen inneren Kolonisation für die Arbeiterschaft bestehen darin, daß

1. die Lebensmittel im Preise sinken,
2. die Löhne steigen und
3. wirtschaftliche Krisen hinten angehalten werden.

Leider ist bei der jetzigen Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses — der Reichstag ist hierfür nicht zuständig — nicht daran zu denken, daß von Staatswegen eine energische, großzügige Aufteilung der Rittergüter vorgenommen wird.

Und doch täte sie der Arbeiterschaft sehr not. Gerade jetzt, wo das Gespenst der Arbeitslosigkeit in den Werkstätten umherschleicht und rücksichtslos seine Opfer fordert. Sollte eine Selbsthilfe nicht möglich sein?

Wir feierten vor kurzem die Jahrhundertfeier der Schlacht von Leipzig: 1806 haben die obersten 10 000 die Niederlage erlitten und 1813 hat die große Masse sich selbst geholfen und den Feind entscheidend als Haupt geschlagen.

Erinnern wir uns nur der Macht, die der einzelne hat, wenn er sich zu einem Werke mit anderen, gleichgesinnten, in Freiheit zusammenschließt, benutzen wir die Macht und schreiben wir zur Tat! Wenn wir wissen, daß innere Kolonisation unsere Lage erheblich verbessert, wenn wir wissen, daß der Staat keinen entscheidenden Schritt unternimmt, nun, dann nicht vor Mut die Hände in den Taschen geballt, sondern selbst die Sache angefaßt! Wenn andere uns nicht helfen, müssen wir zur Selbsthilfe greifen!

Sch.

Rundschau.

Ein weiterer Rückgang des Fleischkonsums. Die statistischen Angaben über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reiche verdichten sich immer mehr zu einer wuchtigen Anklage gegen die Gleichgültigkeit und Trivoltät, mit der die für unsere Wirtschaftspolitik verantwortlichen Stellen der ganzen Teuerungsfrage gegenüberstehen. Um die Deffenlichkeit zu beschwichtigen, stellt man langwierige, theoretische Untersuchungen über die Ursachen der Fleischteuerung an, denen jeglicher Wert abzuspochen ist, weil der Wille fehlt, aus den Ergebnissen einer solchen Enquete die logischen Konsequenzen für die praktische Wirtschaftspolitik zu ziehen. Während unsere um das Staatswohl in dieser Weise besorgten amtlichen Stellen die Hände in den Schoß legen, geht der Fleischkonsum unter dem Drucke der hohen Preise immer mehr zurück. Auf Grund der Ziffern über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, sowie Ein- und Ausfuhr von Fleisch, berechnet sich der Fleischverbrauch im dritten Quartal der Jahre 1909 bis 1913, wie folgt:

III. Quartal	Gesamtverbrauch in Tonnen	Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm
1909	629 011	9,86
1910	629 578	9,72
1911	658 409	10,06
1912	636 490	9,60
1913	638 185	9,50

Der Verbrauch der wichtigsten Fleischsorten betrug im dritten Quartal der Jahre 1909 bis 1913 pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

III. Quartal	1909	1910	1911	1912	1913
Rindfleisch	4,24	3,97	3,76	3,59	3,56
Kalb- und Lammfleisch	0,82	0,66	0,70	0,61	0,58
Schweinefleisch	4,51	4,81	5,35	5,14	5,12
Hammelfleisch	0,28	0,27	0,24	0,25	0,23
Ziegenfleisch	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01

Neben dem allgemeinen Rückgang des Fleischverbrauchs, der in der Hauptsache die für die menschliche Ernährung wertvolleren, leichter verdaulichen und besser bekömmlichen, Fleischsorten betrifft, ist also in den letzten fünf Jahren eine Bevorzugung des billigeren aber nicht so zuträglichen Schweinefleisches zu konstatieren. In welcher Richtung der Fleischkonsum durch die anhaltende Teuerung getrieben wird, ergibt sich zur Genüge aus der Tatsache, daß im dritten Quartal dieses Jahres u. a. auch 32 008 Pferde und andere Einhufer, sowie 1251 Hunde der Fleischbeschau unterworfen werden mußten. Wer zählt aber die Küder, die ohne den Umweg über den Schlachthof direkt in den Kochtopf der Proletarietfamilien wanderten? Bedenket nicht gerade der Genuß von Hundefleisch für den Menschen eine ständige Gefahr der Übertragung gefährlicher Krankheitsstoffe! Wie groß muß das Leid in den unteren Volksschichten sein, wenn man zum Genuß von Hundefleisch, gegen das jeder Europäer einen ganz natürlichen Ekel empfindet, schreitet! Trotzdem wird die Existenz einer Teuerung von Industrie-Größen, Bankdirektoren und Ministern noch allen Ernstes bestritten. Freilich, auf den in diesem Jahre in so reichlichem Maße veranstalteten Brunkafel und Banketten gab es keine Hundefleisch.

Eine Täuschung der Deffenlichkeit beliebt die christliche Gewerkschaftspresse durch die Berichte über den Zustand der Krankenkassenwahlen. Auch dort, wo die christlichen Gewerkschaften durch ein Kompromiß mit den christlichen Gewerkschaften an dem

Kampf beteiligt waren und wesentlich mit dazu beitrugen, den Erfolg erringen zu helfen, verschweigt man diese Tatsache und spricht nur von Siegen, der „christlich-nationalen“ Arbeiter. Das geschieht selbst dann, wenn, wie z. B. in Ulm, man es ausdrücklich vereinbart hatte, das Wort „christlich-national“ zu gebrauchen bei den Wahlkämpfen. (Siehe „Eiche“ Nr. 47.) Es wäre gut, wenn die Presse der christlichen Gewerkschaften und des Zentrums eine solche Zurechtweisung der Leser vermeiden würde. In Göppingen, Kempten, Zusenhausen, Fürtth, Ansbach usw. war überall ein Kompromiß. Auch sonst sollte man sich hüten, falsche Behauptungen aufzustellen. So ist im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ zu lesen, daß in Biberach a. Rh. und Stuttgart die Gewerkschaften mit Sozialdemokraten Abmachungen getroffen hätten. Das ist un wahr, denn in letzterem Orte ließ man den Mitgliedern freie Wahl; in Biberach a. Rh. gingen die Gewerkschaften bei dieser Krankenkassenwahl selbständig vor. Von Leuten, die sich „christlich“ nennen, sollte man mehr Wahrheitsliebe verlangen können.

Die Hamburger Werftarbeiter stellten in einer Versammlung fest, daß noch immer 500 Werftarbeiter, die früher auf den Hamburger Werften beschäftigt wurden, nicht wieder eingestellt oder sonst arbeitslos sind. Mit der Konstatierung dieser Tatsache wird erneut bewiesen, daß die unternehmerfreundliche Presse die Deffenlichkeit täuscht, wenn sie behauptet, in Hamburg mangle es an Arbeitskräften auf den Werften.

Aus den Ortsvereinen.

Duisburg. Am Sonntag, den 23. November, hielt unser Ortsverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung zeigt, daß im verflossenen Jahre der Vorstand sowie die Mitglieder ihre volle Pflicht getan haben. Der beste Gradmesser ist die Tatsache, daß die Mitgliederzahl eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen hat. Aber auch in wirtschaftlicher Beziehung hat der Ortsverein den Mitgliedern gegenüber seine Schuldigkeit getan. War es uns doch möglich, bei der diesjährigen Lohnbewegung für die Kollegen wieder nennenswerte Vorteile herauszuholen. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß auch für die Zukunft noch manches zu tun übrig geblieben ist. Es war deshalb auch nicht verwunderlich, wenn die Versammlung die Arbeit der führenden Kollegen in vollstem Maße zu würdigen wußte. Volle Einmütigkeit herrschte bei der stattgefundenen Wahl der einzelnen Vorstandsmitglieder. Das ist die beste Gewähr dafür, daß alle Mitglieder auch für die Zukunft gewillt sind, gemeinsam mit dem Vorstande Hand in Hand zu arbeiten. Im Interesse des Ortsvereins und der Gesamt-Gewerkschaftsbewegung. Darum, Kollegen, wollen wir auf diesem Wege weiter marschieren, dann wird auch das neue Jahr uns weitere Erfolge bringen. Jeder muß in der Gewinnung neuer Mitglieder einen gewissen Ehrgeiz setzen, denn in der Geschlossenheit der Berufs-Kollegen liegt unsere Macht. Nichts ist eines Menschen unwürdiger, als sich Vorteile anzueignen, für die er nicht gekämpft hat, und dieses trifft bei allen Kollegen zu, die heute noch abseits der Gewerkschaftsbewegung stehen. Wollen wir aber, die wir den Wert der Organisation erkannt haben, auch ganze Männer sein, dann genügt nicht nur das Zahlen der Beiträge, sondern dann heißt es auch weiter mitarbeiten und sich rege betätigen am Gewerkschaftsleben. Dazu gehört vor allen Dingen ein fleißiger Besuch unserer Ortsvereinsversammlungen. Dort ist die Stätte, wo man Aufklärung erhält, damit man für seine Sache auch ein Agitator wird. In diesem Sinne wollen wir das neue Jahr beginnen und dabei folgenden Spruches eingedenk sein:

Rastlos vorwärts sollst Du streben,
 Nie ermüdet stille stehen,
 Was ist Du die Vollendung sehn.

Ferner machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß unser Ortsverein am Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal (Restaurant Rheinland), Dellplatz 1, seine diesjährige Weihnachtsfeier mit Kinderbescherung begeht. Wir erwarten, daß zu dieser Familienfeier kein Kollege mit seinen Angehörigen fehlt.

Der Vorstand.

Lübeck. Am Sonnabend, den 15. November, hatten die Mitglieder des Ortsvereins Lübeck die höchst seltene Freude eines Referats des Bezirksleiters, Kollegen P. B o l k m a n n - Berlin. Es war allerdings der Wunsch der Ortsvereinsmitglieder, betreffend Regulierung einiger schwebender Fragen, mit dem Hauptvorsitzenden persönlich eine Aussprache herbeizuführen. Referent hielt einen Rückblick über die jetzt verflossenen hundert Jahre. Ausgehend von der Volkserhebung im Jahre 1913, wo sich das deutsche Volk von dem Joche der Fremdherrschaft befreite, um hernach von dem Junkertum wieder unterdrückt zu werden, bis die Erhebung im Jahre 1848 auch der Junkterherrschaft ein Ende machte. Aber erst zwanzig Jahre später, im Jahre 1868 gelang es der Arbeiterschaft, zu ihrem Rechte zu kommen. Wie ein Frühlingshauch ging es nun durch die ganze Arbeiterbewegung. Redner schilderte die Gründung und die Bestrebungen der deutschen Gewerkschaften, sowie ihre bisherigen Erfolge. In neuerer Zeit sei die Arbeitslosenfürsorge in den

Vordergrund getreten; Staat und Kommune sind verpflichtet, für die Arbeitslosen einzutreten, denn durch die Arbeitslosigkeit werden die Grundfesten des Staates erschüttert. Die beste Lösung ist die Reichsarbeitslosenversicherung. Die Ablehnung der freien Arztwahl von Seiten des Krankentassenverbandes sei ein Eingriff in das freie Koalitionsrecht; aber dasselbe, was wir für uns erkämpfen, müssen wir auch anderen zugestehen, deshalb müssen wir die freie Arztwahl auf unsere Fahne schreiben. Bei Kapitulation der letzten Tarifbewegung im Holzgewerbe kam Redner auf die augenblicklichen Verhältnisse in Lübeck zu sprechen. Wenn der Holzarbeiterverband den Zeitpunkt für gekommen erachtet, den Gewerksverein durch Ausschaltung vom Arbeitsweiss zu vernichten, so müsse der Hauptvorstand energisch dafür streben, Mittel und Wege zu finden, um dieses zu verhindern. Der unglückliche Ausgang der Werftarbeiterbewegung lehre uns, daß organisierte Arbeiter niemals die Disziplin außer Acht lassen sollen, denn die Arbeiter können nur etwas erreichen, wenn alle eine kompakte Masse bilden. Redner schloß seinen interessanten und von der Versammlung mit lautem Beifall aufgenommenen Vortrag mit den Worten: An die alten Traditionen die Neuzeit angegliedert, wollen wir unseren Weg weiter schreiten, zum Segen der Gewerksvereine.

A. Carstens, Schriftführer.

Briefkasten der Redaktion.

A. D. Marienburg. Bericht folgt in nächster Nummer, hat jedoch Sinnsproloz geübt. R. Nürnberg. Nächste Nummer.

Bekanntmachungen des Hauptvorstandes.

Verlorenes Quittungsbuch.

Nachstehendes Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet und wird hiermit für ungültig erklärt: 4521 Conrad-Hamburg. Unterstützung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden. **Fer Hauptvorstand.**

An die Ortsvereinskassierer.

Die Notwendigkeit, die Jahresabschlüsse unserer Zuschuß- und Sterbekasse der Aufsichtsbehörde rechtzeitig einreichen zu müssen, gibt Veranlassung, an alle Kassierer und Vorsitzenden der Ortsvereine das dringende Ersuchen zu richten, dafür zu sorgen, daß die Abschlüsse nebst Anlagen für den Monat Dezember 1913 bis spätestens den 6. Januar 1914 eingekandt werden. Es sei noch ganz besonders darauf hingewiesen, daß die Mitglieder deshalb für eine pünktliche Beitragszahlung Sorge tragen müssen. Sollten außerdem dann noch einige Beitragsreste vorhanden sein, so darf dieses die Absendung der Abschlüsse nicht verzögern. (Siehe Leitfaden für die Verwaltung Seite 39, Abt. 2.)

Sodann sei darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt vermieden werden muß, zum Jahresabschluß in den Ortsvereinskassen oder in der Kranken- und Sterbekasse mit Darlehen, sogenannter Kehrtausgabe abzuschließen. Sollten die Ortskassierer mit ihren Beständen in einer der Kassen voraussichtlich nicht ausreichen, so haben dieselben für die betreffende Kasse rechtzeitig Remittierungsanträge nach hier einzureichen.

Ferner sei darauf aufmerksam gemacht, daß die für den Dezemberabschluß abzuführenden Gelder, welches in den ersten Tagen des Monats Januar geschehen muß, in keinem Falle schon in dem Abschluß Dezember als „an die Hauptkasse“ gesandtes Geld in Ausgabe zu stellen sind. Solche Abschlüsse, wenn dieses geschieht, sind falsch und unbrauchbar, weil sie einen falschen Kassenbestand am Jahresabschluß aufweisen. Gelder, welche in den ersten Tagen des Januar abgekandt werden, sind in dem Januarabschluß in Ausgabe zu stellen, als „an die Hauptkasse gesandtes Geld“.

Sodann ersuche ich die Ortskassierer, bei der mit Jahresanfang notwendigen Eintragung der Mitgliederummern, Namen und Beitragsjahre in das Beitragsverzeichnisbuch darauf zu achten, daß die

Nummern in der Reihenfolge, von den niederen zu den höheren steigend, zur Eintragung kommen, z. B. 463, 1270, 1271, 8650, 12267 usw. Für die unserer Sterbekasse angehörenden Mitglieder sind die in der Eintragung des Mitgliedes nächstfolgenden Rubriken zu benutzen.

Im weiteren sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß in Vereinen, wo eine Neuwahl der Kassierer stattgefunden hat, die bisherigen Kassierer die Kassengeschäfte noch so lange zu verwalten haben, bis der Abschluß für den Monat Dezember abgekandt ist und die ordnungsmäßige Kassenübergabe stattgefunden hat. (Siehe Leitfaden für die Verwaltung Seite 39, Abt. 9.)

W. Zieffe, Hauptkassierer.

Bekanntmachung.

Begräbniskasse des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

(Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.) Den Mitgliedern vorgenannter Kasse wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß die durch die außerordentliche Generalversammlung vom 9. November 1913 gefaßten Beschlüsse vom Kaiserlichen Aufsichtsamte für Privatversicherung genehmigt worden sind, und somit vom 1. Dezember 1913 ab in Kraft treten.

Die Beschlüsse bzw. Änderungen sind folgende:

1. Das Wort „Begräbniskasse“ wird im Titel und in den §§ 1, 4, 5, 11, 12 und 34 gestrichen und durch „Sterbekasse“ und das Wort „Begräbnisgeld“ durch „Sterbegeld“ ersetzt.

2. Im § 1 zweiter Absatz werden die Worte „einer Beihilfe zu den Kosten der Beerdigung“ ersetzt durch „eines Sterbegeldes“.

3. Im § 2 Zeile 2 und 3 heißt es statt „Frauen und erwachsene Töchter“ „Familienangehörige“ und in Zeile 6 statt „Ehefrauen“ „Familienangehörigen“.

4. § 3 letzter Absatz erhält folgende Fassung: „Bei der Aufnahme ist ein Eintrittsgeld in der Höhe des vierfachen Wochenbeitrages zu zahlen“.

5. § 4 Absatz 1 erhält folgende Fassung: „Wenn ein Mitglied mehr als vier Wochenbeiträge schuldet, ohne Stundung derselben nachgefordert und erhalten zu haben, so ist demselben durch den Vertrauensmann eine schriftliche Mahnung an die letzte Adresse zu übersenden, in der auf die Folgen der Nichtzahlung hinzuweisen und eine Frist von mindestens zwei Wochen zur Beitragszahlung zu gewähren ist.“

Wird darauf innerhalb der festgesetzten Frist keine Zahlung geleistet, dann erlischt die Mitgliedschaft. Sie tritt jedoch wieder in der bisherigen Höhe in Kraft, wenn innerhalb sechs Monaten nach dem zuletzt geleisteten Beitrage die weitere Beitragsleistung und die sofortige Begleichung der Reste erfolgt und wenn der Versicherte bei Eingang dieser Nachzahlung noch lebt.“

6. Im § 4 Absatz a wird hinter dem Worte „Umstände“ eingeschaltet „nach denen ausdrücklich gefragt ist“. Absatz d wird gestrichen.

7. § 4 letzter Absatz erhält folgende Fassung: „Wenn eine Versicherung mindestens drei Jahre bestanden hat und die Beiträge für diese Zeit bezahlt sind, so wird im Falle des Erlöschens der Versicherung wegen Nichtzahlung der Beiträge wie auch im Falle des freiwilligen Austritts oder Ausschlusses des Mitgliedes ein Drittel der gezahlten Beiträge zurückgemährt.“

8. § 5 Absatz 2 erhält folgende Fassung: „Sterbegeld wird nach folgender Stufenleiter gegen Leistung bestehender Beiträge gezahlt: Stufe I 90 Mk. bei einem Wochenbeitrag von 5 Pf.

II	144	"	"	"	8
III	180	"	"	"	10
IV	270	"	"	"	15
V	360	"	"	"	20
VI	450	"	"	"	25

9. § 6 lautet: „Das volle versicherte Sterbegeld wird nur gezahlt, wenn die Versicherung beim Tode bereits ein volles Jahr bestanden hat. Beim Tode im ersten Halbjahre werden nur die einbezahlten Beiträge,

im zweiten Halbjahre die halbe Versicherungssumme gezahlt.“

10. § 6 Absatz 2 fällt fort.

11. § 7 Absatz 2 fällt fort.

12. § 8 erhält folgende Fassung: „Den Mitgliedern ist es gestattet, bis zum Alter von 40 Jahren Nachversicherungen abzuschließen, sofern die gesamten Versicherungen 450,- Mk. nicht übersteigen. Jede Nachversicherung gilt bezüglich der Aufnahmebestimmungen und der im § 6 angegebenen Karenzzeit als neue Versicherung.“

Bei Höherversicherungen ist kein Eintrittsgeld zu entrichten.

Ferner, daß es denjenigen Mitgliedern, welche das 45 Lebensjahr noch nicht überschritten, und sich innerhalb drei Monaten nach Genehmigung (also vom 1. Dezember ab) zur Höherversicherung melden, diesem statt zu geben ist.“

13. Dem § 10 wird angefügt: „Beim Tode, während des Ruhens der Versicherung wird, falls die Mitgliedschaft mindestens drei Jahre bestanden hat, ein Drittel der gezahlten Beiträge ohne Zinsen zurückgemährt.“

14. § 11. Dem ersten Absatz wird angefügt: „Sofern die Versicherung beim Tode wenigstens ein Jahr bestanden hat. Kann bei Selbstmord im ersten Versicherungsjahre nicht nachgewiesen werden, daß die Tat in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen worden ist, so werden nur ein Drittel der gezahlten Beiträge herausgezahlt.“ Die in der Vorlage enthaltenen Anträge aus Allenstein, Schmölln und Steinhilber wurden der nächsten ordentlichen Generalversammlung zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung überwiesen.

Berlin, den 25. November 1913.

Für den Vorstand: M. Schumacher, A. Krämer, W. Zieffe, Vorsitzender, Stellv. Vorsitzender, Hauptkassierer.

Zur Hushilfe

haben nachstehende Ortsvereine bzw. Verwaltungsstellen in der Zeit vom 1. Novbr. bis einschl. 31. Novbr. 1913 folgende Zuschüsse erhalten:

- a) **Gewerksvereinskasse:** Apolda 20, — Bauzen 50, Bütow 1350, — Erlangen 26, — Frankfurt a. M. 10, — Göggingen 30, — Görtz 10, — Neudöln 30, — Nürnberg II 50, — Rhybnik 50, — Uffenheim 50 Mk.
- b) **Krankenkasse:** Aachen 20, — Bauzen 50, — Berlin 75, — Beuthen 7, — Bremerhaven 50, — Danzig I 80, — Görtz 60, — Girschberg 30, — Königsberg 125, — Mannheim 100, — Nürnberg II 75, — Patzschau 20, — Polen 80, — Rhybnik 55, — Schramberg 10, — Siegen 81,97, — Striegau 70, — Uim 100, — Worms 70, — Zetz 40 Mk.
- c) **Begräbniskasse:** Berlin 195, — Königsberg 90, — Rawitsch 180, — Rhybnik 180, — Wettschau 144 Mk.

Berlin, den 30. November 1913.

W. Zieffe, Hauptkassierer.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 49. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonnabend, den 6. Dezember 1913: Bezirk Nord und Bautzener. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattauch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung. **Auswahlgewahl.** Südost und Klavierarbeiter. Abds. pünktlich 8 1/2 Uhr, b. Bodschlager, Adalbertstr. 21, Bezirksvers. **Auswahlgewahl.** Bezirk Weigensee. Abds. 8 1/2 Uhr, Sedanstr. 19, Ede Elshäuser, b. Wiedowild, Zehlendorf.

Sonnabend, den 13. Dezember 1913: Bezirk Ost und Möbelschler. Abds. 8 1/2 Uhr, Roppenstr. 65, Bezirksversammlung. **Auswahlgewahl.** Modell- u. Fabrikarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Str. 50, Bezirksversammlung. Bezirk Roabit. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksversammlung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegt die „Amtliche Beilage“ bei, welche dem Auswahlgewahl sofort einzuhandigen ist.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion des Lesers gegenüber nicht verantwortlich.

Weihnachtsgeschenken sind wohl die beglückendsten von allen. Der Brauch des Schenkens zu Weihnachten ist im deutschen Volke so tief eingewurzelt, daß alt und jung sich schöne Gaben vom Christkind erhoffen. Um Gediegenes zu erhalten, wende man sich an das bestbewährte, uns als streng reell bekannte Versandgeschäft **Jonah & Co., Berlin N. S. 511.** Die Firma versendet zu selbstem Preise auf Teilzahlung bei bequemem monatlichen festen Gehalt- und Zinseszinsel. Schmuckgegenstände, Uhren und Goldwaren, Strohwaren, Musikinstrumente, photographische Apparate, Büchereimaschinen, Koffer und Spielwaren usw. Je nach Bedarf gibt der Pracht Katalog. Als Beleg für die Verlässlichkeit der Firma sei nur an den enormen Umsatz zu denken, allein 2000 Uhren und an die riesige Ausdehnung des Versandgeschäftes erinnert. Dieser verteilt sich auf 1000000 verschiedene Artikel. Niemand verlaume, sich die reichhaltigen Angebote über 1000 Seiten hart mit 1000 Abbildungen, Bildern und Texten anschauen zu lassen. Die genaue Adresse ist: **Jonah & Co. Berlin N. S. 511, Belle-Alliance Str. 3.**

Ortsverein Neudöln.

Sonnabend, den 6. Dezember 1913. **Berichtsammlung.**

Ein- u. Abh. Durchgehende Kollegen erhalten vom hiesigen Ortsverband überlieferte Kamplage u. Kassenbücher. Die Berichtsammlungen werden nicht mehr auf dem Gewerksvereinsamt, sondern bei den einzelnen Vereinen eingeleitet.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-
bis ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Bombardgeschäften usw. aufkaufe.
Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft. — 500 sende franco. — Nichtkonvenientes nehme unfrankiert zurück.
Verhandlung nicht unter 100 Stück. — H. Feiler, Verkaufsbauz, Berlin C., Neue Schönhauser Straße 16. — Begründet 1886.

Wer fertigt saubere Maschinenarbeit bei der Verfertigung von Seigenbegradigern (Edenhol.), welche mit einem durchgehenden Langloch versehen sein soll (2 1/2 mm lang, 6 mm breit, 2 cm tief, an? Adressen unter Maschinenarbeit an die Expedition der „Eiche“.

Selbstkochen. Durchgehende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Rm Gewerksvereinsamt, Jndustrie 18.

Für die Beweise der inigen Teilnahme anlässlich des Hinscheidens meiner lieben Frau und unserer herzensguten Mutter
Marie Markert
geb. Florke
sagen wir unseren tiefgefühlten Dank.
Berlin, den 1. Dezember 1913.
Bruno Markert nebst Kindern.